

Vorstand der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

# TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/123

Bonn, den 2. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	<u>Eine gute Wahl</u>	39

Zur Wiederwahl des Bundespräsidenten Heinrich Lübke  
Weit mehr als "feierliche Routine"  
Von Wolfgang Jansen

2	<u>Zu Gast in Berlin</u>	24
---	--------------------------	----

Der beste Anschauungsunterricht

3	<u>Verärgelter Gomulka</u>	43
---	----------------------------	----

Robert Kennedy, die Polen und die Bundesrepublik

4	<u>Die sonderbare FDP</u>	45
---	---------------------------	----

Unfall in der Frage der Kriegsgefangenenentschädigung  
Von Max Seidel, MdB

5 - 7	<u>Gegensätze in Chinas Roter Armee</u>	125
-------	---	-----

Der Mao-Flügel und die Sowjet-Gruppe  
Neuer Hintergrund des chinesisch-sowjetischen Streits  
Von unseren Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

\* \* \*

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

2. Juli 1964

Eine gute Wahl

Zur Wiederwahl des Bundespräsidenten Heinrich Lübke

Weit mehr als "feierliche Routine"

Von Wolfgang Jansen

Daß der Bundespräsident auch nach dem 1. Juli 1964 wieder Dr. Heinrich Lübke heißen würde, stand seit Wochen fest. Niemand hat im Ernst erwartet, daß die Meinung der sozialdemokratischen Mitglieder der Bundversammlung wesentlich anders sein würde als die des Parteirats. In beiden Fällen kamen die Mitglieder aus der Tiefe der Gesamtorganisation, aus den Bezirken und Ortsvereinen, in denen es eine lange und bewegte Diskussion, aber auch klare Mehrheitsbildungen in dieser Frage gegeben hatte. Dennoch machte man sich die Entscheidung nicht leicht. Die dreistündige lebhafteste Diskussion in der vorhergehenden Sitzung, in der jedes Argument noch einmal vorgebracht und sorgsam bedacht wurde, zeugt davon.

Der Beschluß der FDP-Fraktion, an ihrem Kandidaten Dr. Bucher in drei Wahlgängen festzuhalten, konnte diese Beratung nicht wesentlich beeinflussen. Zwar gab es mancherlei Bekundungen persönlicher Hochachtung vor Dr. Bucher, und es fehlte nicht an empörten Stimmen, zu der gegen ihn ins Feld geführten Diffamierungskampagne. Das änderte aber nichts daran, daß die FDP-Kandidatur mit der Verklammerung, sie komme nur bei einer Kandidatur Dr. Lübkes zum Tragen und die FDP lasse mit sich über jeden anderen CDU/CSU-Kandidaten reden, rein taktischer Natur war. Sonst nämlich hätte die FDP nur die Frage nach dem besten Mann aufzuwerfen brauchen, gleichgültig, aus welcher der drei Parteien er komme. Die Begrenzung auf einen CDU/CSU-Vorschlag bewies, daß es keineswegs nur um einen Koalitionskandidaten ging.

Eine beachtliche Minderheit der SPD vermochte sich nicht für Dr. Lübke zu entscheiden, weil sie glaubte, die SPD müsse auch ihrer gewachsenen Stärke ihren Anspruch bei der Besetzung des höchsten Staatsamtes durch einen eigenen Kandidaten dokumentieren. Andererseits steht fest, daß auch zahlreiche Wahlmänner der CDU/CSU ihrem Kandidaten nicht die Stimme gegeben haben, weil sie es nicht ertragen konnten, daß er auch von der SPD mitgetragen wurde.

Zu den eindrucksvollsten Argumenten für eine Wiederwahl Dr. Lübkes gehörte die Erinnerung an seine Einstellung zur deutschen Frage und zum Schicksal Berlins. Sein gutes Wort, wir müßten so handeln, als ob das Schicksal der Stadt von uns allein abhinge, gesprochen kurz nach der Errichtung der Mauer, war noch frisch im Gedächtnis.

Die Wahl war also nicht zweifelhaft - aber sie war weit mehr als "feierliche Routine". Es gehört zu den ironischen Seiten der Politik, daß ausgerechnet die Sowjetunion mit ihrer unfaßbaren Behauptung, die deutsche Reichshauptstadt sei Ausland für Deutsche, noch einmal ins Bewußtsein rief, wie sehr diese Wahl in Berlin unter dem gesamtdeutschen Aspekt und dem Anspruch auf Selbstbestimmung stand.

Das machte der SPD-Vorsitzende, Regierender Bürgermeister Willy Brandt, in seiner Schlußerklärung in der Fraktionssitzung besonders deutlich, als er sagte:

2. Juli 1961

"Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesversammlung wollen unserem Volk helfen, die nationale Einheit zu wahren und seine staatliche Einheit in freier Selbstbestimmung zu vollenden, damit es als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen kann. Sie erklären ihre herzliche Verbundenheit mit den Landsleuten im getrennten Berlin und im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands, denen es noch verwehrt ist, am demokratischen Ausbau Deutschlands teilzunehmen."

Das sprach auch aus der würdigen und unzweideutigen Zurückweisung des sowjetischen Protestes durch Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier. Und es zeigte sich insbesondere in der schlichten und eindruckvollen Erklärung des Bundespräsidenten Dr. Lübke, er betrachte sich als der Repräsentant des ganzen deutschen Volkes.

Die Wahl ist vorüber. Dr. Heinrich Lübke ist wieder unser aller Bundespräsident. Es war eine gute Wahl.

+ + +

Zu Gast in Berlin

Der beste Anschauungsunterricht

In dieser Woche besuchte eine Gruppe von Präsidenten amerikanischer Universitäten auf Einladung der Westdeutschen Rektorenkonferenz Berlin. Derartige Besuche sind nicht ungewöhnlich. Menschen aus vielen Staaten kommen in die deutsche Hauptstadt, um einen Vergleich zwischen einem demokratischen und dem kommunistischen Verfassungssystem zu ziehen. Zweifellos ist dies für die in Pankow sitzende Prätorianergarde des Kremls mehr als unangenehm. Sie ist sich sehr wohl bewußt, daß diese Gegenüberstellung eine katastrophale Beurteilung des Regimes zur Folge hat.

Darüber hinaus verursacht die Tatsache Pankow Kopfschmerzen, daß die Besucher in ihrer heimatlichen Umgebung als politische Multiplikatoren wirken. Daher ist die Anwesenheit von in der Öffentlichkeit weit stehenden Persönlichkeiten in Berlin ein Politikum von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Auf diesen Punkt wies auch der Regierungsbürgermeister Willy Brandt vor den Universitätspräsidenten hin.

Je stärker Berlin zu einem Mittelpunkt des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens entwickelt wird, um so mehr Menschen werden den Weg in diese Stadt finden. Man kann daher dem Berliner Senat nur beipflichten, wenn er in Erwiderung des sowjetischen Ultimatums von 1958 den Ausbau auf diesen Gebieten energisch vorantreibt. Der von Sozialdemokraten geleitete Senat hat damit einen Beweis dafür erbracht, daß auch die Bäume der sowjetischen Politik nicht in den Himmel wachsen.

+ + +

2. Juli 1964

Verärgelter Gomulka

Robert Kennedy, die Polen und die Bundesrepublik

Wahrhaft Ungewöhnliches ist bei dem Besuch des amerikanischen Justizministers Robert Kennedy in der Bundesrepublik und in Polen geschehen. Überall jubelten dem Bruder eines großen amerikanischen Präsidenten die Menschen zu, in Berlin, in Heidelberg, in Krakau und in Warschau. War es der Klang des Namens, der Deutsche und Polen zu Begeisterungstürmen hinriß? Zwischen beiden Völkern bestehen tiefe Gräben. Das unselige Dritte Reich hat sie aufgerissen, und die Wunden, die die Deutschen den Polen zufügten, wollen nicht vernarben. Die Zeit wird sie gewiß heilen, wenn eine neue Generation in die Verantwortung hineinwächst.

Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von Berlin, hatte, als er den amerikanischen Justizminister auf dem Tempelhofer Flugplatz verabschiedete, gebeten, den Polen die Botschaft friedfertiger Gesinnung des neuen Deutschland zu überbringen. Kennedy hat dies getan. Er sagte den Polen, daß das deutsche Volk nicht so ist, wie es eine verzerrte, nur den Gestern zugewandte Propaganda darstellt. Es sei weder ein Volk von Revanchisten, noch von Kriegstreibern. Es wolle, wie alle anderen Völker, in Frieden leben. Und es wolle wieder als Volk in staatlicher Einheit leben. Vor polnischen Funktionären und Studenten in Krakau, der ehrwürdigen Krönungsstadt polnischer Könige, beschwor Robert Kennedy die dringende Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands einzusehen. So hat wohl noch kein ausländischer Politiker zum polnischen Volk gesprochen. Seine Worte verdienen, festgehalten zu werden. "Bin so großes, ein so ideenreiches und tatkräftiges Land wie Deutschland wird immer ein Problem darstellen, solange es geteilt bleibt." Die Situation zwischen Ost- und Westdeutschland sei vollkommen unnachlässig, und er glaube nicht, daß sich die Lage in zehn Jahren bessern werde. Warnend fügte er hinzu: "Vielleicht werden wir dann nicht mehr wie heute in der Lage sein, Polen und Mitteleuropa Garantien anzubieten. Darum muß man jetzt an das Problem herangehen und nicht erst, wenn es zur Krise kommt."

Es erhob sich bei den polnischen Zuhörern kein Widerspruch. Robert Kennedys Eintreten für die deutsche Einheit wurde hingegenommen, als Selbstverständlichkeit empfunden.

Dafür sollten wir dem Justizminister aus den Vereinigten Staaten dankbar sein.

Die polnische kommunistische Regierung hat den Besuch Kennedys in Rundfunk und Presse verschwiegen, und es ist wohl kein Zufall, daß der Parteichef am Tage der Abreise Kennedys seine altbekannten Tiraden gegen die Bundesrepublik wiederholte und den westlichen Regierungen vorwarf, sie würden die "westdeutschen Militaristen und Revanchisten" unterstützen. Glaubte Gomulka, dies sagen zu müssen als Reaktion auf die Wirkungen des Kennedy-Besuchs in seinem Lande? Gomulka gab seinen Ärger Luft. Er lebt noch in Verstellungen, die mit der polnisch-deutschen Verständigung, von Deutschen und Polen erwünscht, nicht in Einklang zu bringen sind.

### Die sonderbare FDP

umfaßt in der Frage der Kriegsgefangenenentschädigung

Von Max Seidel, HfB

In der vergangenen Woche stand im Bundestag das Dritte Gesetz zur Änderung des Kriegsgefangenen-Entscheidungsgesetzes zur Entschädigung an. Der Sprecher der SPD, Hans Herten, bemühte sich energisch um die materielle Verbesserung der Gesetzesvorlage, die von den Regierungsparteien nur mit 200 Millionen DM und der langen Abwicklungszeit über mehrere Haushaltsjahre ausgestattet war. Überraschenderweise hatte in letzter Minute der FDP-Sprecher die Beibehaltung der SED verteidigt unterstützt. Das war deswegen überraschend und sonderbar, weil die FDP es schon im Haushaltsausschuß in der Hand hatte, diese dritte Novelle für die Heimkehrer gemeinsam mit der SED besser zu gestalten.

Alle Fraktionen des Bundestages waren sich im Vorjahr einig, daß der eingebrachte Entwurf der Bundesregierung von 16. Februar 1964 in Höhe von 50 Millionen DM unzulänglich sei.

Einmütig verbesserte daher der Ausschuß für Kriegsoptionen und Haushaltsfragen den Entwurf auf 360 Millionen und verteilte dessen Realisierung auf drei Haushaltsjahre. Dieser Beschluß wurde am 20. Juni 1963 erfaßt.

Am 16. Januar 1964 kam diese Vorlage in den Haushaltsausschuß. Die Vertreter der CDU/CSU verteilten gegen diese Veränderung der Regierungsvorlage und beantragten die Reduzierung der Ausschußvorlage auf den alten Ansatz von 50 Millionen DM, was bei der FDP im Haushaltsausschuß Angesichts der auf sie gerichteten "Koalitionspistole" annehmen die Vertreter der FDP die "Lunte hoch" und stimmten mit der CDU/CSU gegen die verbesserte Vorlage und desavouierten damit ihre eigenen FDP-Vertreter im Kriegsoptionen-Ausschuß. Mit Hilfe der SED wurden die jahrelangen Bemühungen des Heimkehrerverbandes um eine sonderbare Gestaltung der dritten Novelle zum Kriegsopfer-Entschädigungsgesetz in dieser Sitzung zu Fall gebracht.

Die letzte Haltung des Heimkehrerverbandes mit Schreiben vom 27. Juli 1964 an alle Fraktionen des Bundestages, die dritte Novelle in der Kürzlichkeit der Regierungsvorlage nicht zu verabschieden, veranlaßte die Regierungsparteien den teuren Kompromiß von 200 Millionen DM verteilt auf die lange Strecke der Haushaltsjahre 1964 bis 1967 einzugehen. Der letztmalige Versuch der SED, nochmals die dritte Novelle auf 360 Millionen DM anzuliefern, scheiterte in zumeistlicher Zustimmung mit dem Ergebnis von 20. zu 198 Stimmen.

Die jetzt verabschiedete dritte Novelle des Kriegsgefangenen-Entscheidungsgesetzes verdanken die Heimkehrer der Zugschöpftheil der CDU/CSU, insbesondere aber dem sonderbaren Verhalten der FDP, die wieder einmal im entscheidenden Moment - diesmal im Haushaltsausschuß - die "Unfallpartei" gewesen ist.

Der 9. Verbandstag der Heimkehrer im Oktober 1964 sollte diesen politischen Missetat bei der Verabschiedung der dritten Novelle zum Kriegsgefangenen-Entscheidungs-gesetz gebührend zur Kenntnis nehmen. Die SED-Bundestagsfraktion hat im Bundestag bereits die Vorlage einer eigenen Abschlußnovelle zum Kriegsgefangenen-gesetz angekündigt.

## Gegensätze in Chinas Roter Armee

### Der Mao-Flügel und die Sowjet-Gruppe

Neuer Hintergrund des chinesisch-sowjetischen Streits

Von unseren Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Einer Nacht des Westens sind Bände voll Dokumente höchst aufschlussreicher Art über schwerwiegende Gegensätze innerhalb der Volksbefreiungsarmee Rotchinas in die Hände gefallen. Die Anwertung dieser Beute ist nunmehr abgeschlossen. Seit langen gehegte Vermutungen haben sich bestätigt: Die "Chungkuo Kung Chun-tang" ("Kommunistische Partei des chinesischen Volkes") versucht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, die Streitkräfte der Volksrepublik von "spaltlerischen Einflüssen" zu säubern. Allein das "geschichtlich einmalige Genie Mao Tse-tang" soll den Geist der im Potential des Massenaufgebots größten Armee der Welt bestimmen. Die Zahl der ausgebildeten Mannschaften des Heeres, der Luftwaffe, der Marine und der Miliz beträgt zumindest zwanzig Millionen. Das Gros bilden die Söhne der 300 Millionen Bauern. Der "Große Sprung nach vorn" hat der ländlichen Bevölkerung unerhörte Opfer zugerutet. Die dadurch bedingte Unzufriedenheit übertrug sich auf die Soldaten. Überdies zeigten sich im Generalstab geteilte Auffassungen darüber, ob China nicht militärisch unter allen Umständen der Sowjetunion verbunden bleiben müßte oder auf eigener Füße stehen könnte. Diese ideologische Diskrepanz war bereits 1959 offenbar geworden, als der Verteidigungsminister, Marschall Feng Teh-huai, zurücktreten mußte. Die offenbar in Tibet "abhanden gekommenen" Dokumente der Volksbefreiungsarmee belegen überdies, wie die von den militärischen Experten verachteten politischen Kommissare kraft der kommunistischen Kadern auch strategische Entscheidungen bestimmen. Dennoch sind dem Anspruch auf die absolute Macht und der Selbstherrlichkeit des Vorsitzenden Mao Grenzen gesetzt. Die militärische Führung unterbringt sich nicht unterschiedlos und ohne Vorbehalte dem "bedeutendsten Feldherrn der Geschichte Chinas". Wir haben in Deutschland gerartige Flockeln in Ublar, beschämender Erinnerung. Sie beweisen, daß die Spitze der Machthaber in Rotchina eher faschistisch denn kommunistisch im Sinne der Doktrin der marxistischen Internationale denkt. Unser Korrespondent erhielt in die erbeuteten Dokumente Einsicht; ein mit den Gegensätzen in Chinas Roter Armee vertrauter Experte der SED-ZO, schilderte dabei den neuen Aufbau, die Reorganisation der chinesischen Streitmacht.

\* \* \*

Die "Volksbefreiungsarmee", im Chinesischen "Jen-min chieh-fang chün", stellte sich der Welt zum erstenmal 1953, im Koreakrieg, vor. Hervorragend, mit sowjetischen Waffen ausgerüstete Divisionen überraschten die Amerikaner durch den Angriffseifer und die kasserote Disziplin der Mannschaften. Mc Arthur, der Oberkommandierende, wollte damals in den Grenzgebieten des rotchinesischen Nachschubs die ato-

neue Waffe einsetzen. Präsident Truman hinderte ihn daran. Nach der Teilung Koreas, einem zweifellos nur vorläufigen "Frieden" begann die erste Reorganisation der Wehrmacht Mao Tse-tungs. Die allgemeine Dienstpflicht wurde eingeführt: drei Jahre im Heer, vier Jahre in der Luftwaffe, fünf Jahre für Rekruten der Marine. Aus dem jährlichen Nachwuchs von sechs Millionen konnte eine sorgfältige Auslese der Besseren getroffen werden: seit 1954 Jahr für Jahr zwischen 500 000 und 800 000 Mann von ausgezeichneten körperlicher und geistiger Kondition.

Die stehende Streitkraft, vier Millionen Soldaten und eine Million der Transportverbände und Verwaltungstruppe, fand in der Reserve eine Ergänzung von ungefähr sieben Millionen, also auf zumindest elf Millionen Mann Kampfruppen. In dieser Höhe blieb die unter den Waffen, die Volksbefreiungsarmee unbeschränkt, der ausgebildete Nachschub als Teil der wahrscheinlich zehntausig Millionen "Gewehrträger" der Miliz, der "min-wing", was für sich Millionen Volkstheater bedeutet. Die Luftwaffe kam auf einen ständigen Mannschaftsstand von 250 000, verteilt auf die Geschwader der 1 200 Düsenjäger und 2 800 Kampfflugzeuge anderer Art und noch dazu ungefähr 1 500 Transportmaschinen. Die Marine zählt 200 000 Mann, in der Masse auf 10 000 seefähige Kampfschiffe verteilt, bei zugleich noch sehr geringen U-Boot-Verbänden und wenigen, in ihrer Zahl nicht bekannten Zerstörern. Diese Flotte ist keineswegs mehr grotesk: man könnte es vielleicht wegen der gepanzerten Leuchttürme meinen. Sie bildet eine durchaus ernstzunehmende "Armada".

#### Die zweite und entscheidende Reorganisation

Am 23. Oktober 1958 kündigte "Chieh-fang Jih-pao", die "Befreiungszeitung", durch einen Tagesbefehl den Aufbau einer Kernwaffe der Volksrepublik China an. Damit begann die zweite und entscheidende Reorganisation der Streitkraft nach dem "Fürsten-Modell" der Armeen der Sowjetunion und der USA. Die Truppenstärke der Divisionen wurde auf 6 000 Mann, ungefähr die Größe der bisherigen Größe, herabgesetzt. Zugleich erhielten die einzelnen Verbände in wechselseitiger Ergänzung der allerdings erst zum geringen Teil motorisierten Infanterie, der Pioniere und Artillerie mit den Panzerdivisionen und der Luftwaffe die den Anforderungen der modernen Kriegsführung gerecht werdende erhöhte Feuerkraft. Sie blieb zunächst noch auf konventionelle Waffen beschränkt, aber sie war bereits nach der Struktur der Streitkräfte auf den Gebrauch atomarer Munition eingerichtet.

Die Sowjets hatten gemäß dem 1950 geschlossenen Bündnisvertrag und seinen ergebenden Abkommen 211 industrielle "Großprojekte" in China ausgeführt, darunter auch den Bau moderner Waffenfabriken an Yangtschiang, im Nordosten (Wangschurei) und Nordwest-

sten (Sinkiang). Gleichfalls im entlegenen Sinkiang entstanden Anlagen zur Herstellung von Düsenbomben nach sowjetischer Lizenz. Offensichtlich hatte Stalin leichtfertige Versprechungen für die Unterstützung in der nuklearen Rüstung gemacht. Chruschtschow verweigerte diese Hilfe im entscheidenden Stadium, als die Chinesen 1959 auf die Überlassung einiger Bombermodelle drängten. Die Sowjetunion bestand darauf, daß nur sie über den nuklearen Schatz des kommunistischen Lagars verfüge. "Das perfide Zerreißen Hunderterton-Verträger" durch die Sowjets leitete zur "ideologischen Auseinandersetzung" über, China führte die atomare Waffenforschung auf eigene Faust weiter. Aber es kam darin bis 1964 nicht über die Erzeugung von einigen Dutzend Kilogramm Uran 235 und Plutonium hinaus.

### Führungskrise

Die Führung der "Volksbefreiungsarmee", auf der einen Seite der Verteidigungsminister Peng Teh-huai, auf der anderen Seite der Chef des Generalstabes Lo Jui-ching, geriet Ende 1959 in eine Krise. Peng Teh-huai trat für den atomaren Schatz der Sowjets und den Vorrang der harmonischen Wirtschaftsentwicklung in China ein. Lo Jui-ching stellte sich gegen Chruschtschow und auf die Seite Mao Tse-tungs. Lin Biao, der neue Verteidigungsminister und "Held des Bürgerkriegs", wandte sich in einem Appell an die Truppe: "Jeder einzelne Soldat schuldet der Partei unbedingten Gehorsam. Persönlicher Ehrgeiz ist nicht zulässig ... Die Partei befiehlt auch im militärischen Bereich, nichts darf hinter ihren Rücken geschehen ..."

Mit dem Sturz Peng Teh-huais war zwar der prosovietische Flügel sowohl im Zentralkomitee der "Chungkuo Kung Chan-tang" (KPCH) als auch in der obersten Armeeführung mundtot gemacht; die Gegensätze aber blieben. Davon zeugen die erbeuteten Dokumente.

Der Unwille der militärischen Kommandeure über die endgültigen Entscheidungsbefugnisse der politischen Kommissare spricht aus jedem einzelnen Armeejournal. Die Eintragungen beweisen, wie sehr die Kommandeure nur unter dem Druck der Kader, also aus Furcht, den Funktionären gehorchen. Doch die Diktatur der Partei muß sich wiederum auf Armee und Miliz stützen. Hier werden die Grenzen der Macht Mao Tse-tungs sichtbar. Ideologische Belange haben nichts mit nüchternen militärischen Erwägungen gemein.